

Ina Jacobi
Geschäftsführerin

Änderungsantrag
zur Verwaltungsvorlage – TOP Ö 7
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, allg. Verwaltungsangelegenheiten und Feuerwehr
am 3. November 2020

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.:+49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 30. Oktober 2020

"Kooperationsvereinbarung zur Schaffung von Bleibeperspektiven für langjährige Geduldete"

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung orientiert ihre Prioritäten an den Bedürfnissen ihrer Klient*innen.

Das heißt:

1. Sofortige Aussetzung aller Abschiebungen während der Corona-Pandemie, soweit es rechtlich zulässig ist. Hierbei ist der Ermessensspielraum maximal zu Gunsten der Betroffenen ausulegen.
2. Abschluss der Kooperationsvereinbarung „Wege ins Bleiberecht“ mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen bis spätestens zum 31.12.2020.
3. Einarbeitung der neuen Kolleg*innen.
4. Digitalisierung der Akten.

Begründung:

So sehr wir die Schwierigkeiten der Verwaltung sehen, kann es nicht sein, dass die Klienten und Klientinnen der Ausländerbehörde und unter ihnen die Schwächsten, die Leidtragenden des Personalmangels der Ausländerbehörde sind. Keinesfalls darf die Verwaltung (Service)Leistungen für den Bürger*innen verschieben, kürzen oder streichen, wenn (Arbeits)Kapazitäten in der Verwaltung fehlen.

An der Arbeit der Ausländerbehörde hängen menschliche Schicksale. Diese können und dürfen niemals nachrangig zu Akten behandelt werden.